

Verteiler:
1 x Schulleitung
3 x Elternrat
1 x Vertretung im
Kreiselternrat



Elternkammer Hamburg

Kurzinformation 2004 Nr. 4

Mitteilungen der Elternkammer Hamburg über die Arbeit im Plenum, den Ausschüssen und Vorstand

• Für Elternräte und Kreiselternräte der öffentlichen Schulen in Hamburg •

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Senatorin für Bildung und Sport, Frau Dinges-Dierig, stellte in der letzten EKH-Sitzung die Grundsätze vor, an denen sie in den nächsten 4 Jahren die Bildungspolitik für HH ausrichten möchte und antwortete auf erste kritische Fragen. Wir bedanken uns bei der Senatorin für ein offenes und aufgeschlossenes Gespräch.

Wir möchten Ihnen mit dieser Kurzinformation über die wichtigsten Aussagen der Senatorin sowie die Eckpunkte der Informationen durch Herrn Rosenboom berichten. In den nächsten Plenumsitzungen wie auch in den Ausschüssen werden wir über die Inhalte beraten und Sie auf dem Laufenden halten.

Bitte reichen Sie Ihre Stellungnahmen zu den schulorganisatorischen und strukturellen Maßnahmen aus Eltern- und Kreiselternrat bis zum 06.05.2004 bzw. 14.05.2004 zur Berücksichtigung auch an die EKH weiter.

Ihre Elternkammer

Die wichtigsten Aussagen der Senatorin, Frau Dinges-Dierig, in der EKH am 20.04.2004

Oberstes Ziel der Senatorin ist die Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht. Um dies zu erreichen, wünscht sie sich einen regen Austausch mit allen an Bildung Beteiligten. Alle Maßnahmen sollen möglichst optimal wirken können; keine Maßnahme wegen ihres Selbstzwecks. HH braucht gesunde Standorte, damit man ökonomisch effizient vorgehen und dabei die pädagogische Arbeit optimieren kann.

Schulorganisatorische und strukturelle Maßnahmen

Die Vorschläge der BBS wurden anhand von Beobachtungen über einen längeren Zeitraum erarbeitet. Insbesondere für Grundschüler sollen die Standorte der Schulen in erreichbarer Nähe bleiben.

Ganztagschule (GTS)

GTS erfordern ein anderes pädagogisches Konzept mit gut organisiertem Nachmittagsunterricht und Angeboten im außerschulischen Bereich. Die Schulkonferenzen müssen ihre Ziele definieren und die für ihre Schulen bestmöglichen Lösungen (z. B. Unterrichtsrhythmisierung) finden. Die Planungsergebnisse zur Mittagsversorgung treffen lt. Herrn Rosenboom jetzt in der Behörde ein. Die GTS werden über ganz Hamburg verteilt, wobei soziale Brennpunkte eine angemessene Berücksichtigung finden. Wichtig ist u. a. die Elternbedarfslage.

Arbeitszeitmodell (AZM)

Die Ergebnisse des „Runden Tisches zum AZM“ werden evaluiert. Es wird Nachjustierungen geben, die mehr Flexibilität schaffen. Die Schulen sollen intern und in Eigenverantwortlichkeit die für sie gerechteste und beste Arbeitszeitverteilung angehen können. Viele Schulen haben bereits Eigeninitiative ergriffen und gute Ideen entwickelt; dies zeigt, dass "Schule" auch auf der Basis des AZM gut funktionieren kann. Schulen müssen voneinander lernen. Das AZM darf keine negativen Auswirkungen auf die SchülerInnen bzw. die Bildungsqualität haben. Die Grundschulen sollen gestärkt werden, es wird aber keine Faktorenverschiebung (Faktor = Zeitwert der einzelnen Lehrerstunden) zu Lasten anderer Schulformen geben. Der Etat, mit dem wir auskommen müssen, steht für den Gesamthaushalt der BBS; Ressourcen, die nicht bei den SchülerInnen ankommen, müssen herausgefunden werden - ggf. werden Einsparungen in anderen Bereichen vorgenommen. Ein Schulentwicklungsplan wird benötigt.

Schularten/ Schulformen allgemein

Es wird keine neue Schulstrukturdebatte geben. Die einzelnen Schulen müssen ein schärferes Profil entwickeln, um den Eltern die Unterschiede aufzuzeigen. Es muss klar sein, was nach der Schule passiert. Die Durchlässigkeit, wie sie in Deutschland gefordert wird, wäre international einmalig. Die SchülerInnen müssen an die für sie richtige und ihrem Lernverhalten entsprechende Schule gehen (schulformunabhängig).

Reform Lehrerbildung, -fortbildung

Frau Dinges-Dierig und der Senator Herr Dräger (Behörde für Wissenschaft und Gesundheit) sind einer Meinung, dass mehr Flexibilität in der Ausbildung erforderlich ist und das System offen für Seiteneinsteiger sein muss. Die Lehrerbildung soll nicht dem freien Markt überlassen werden. Die Bedarfslage und das Angebot des LI müssen abgeglichen werden. Die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte muss geschult werden; dieses fördert auch die Binnendifferenzierung im Unterricht.

Hauptschüler

Es muss überlegt werden, an welcher Stelle die SchülerInnen abgeholt werden und ob mehr 2-jährige Ausbildungen möglich sind. Die Senatorin strebt ein Agreement mit der Wirtschaft und der Öffentlichen Hand an: Die positiven Erfahrungen anderer Länder sollten genutzt werden, z. B. jene, wo 90 % der HauptschülerInnen den Abschluss, die in den letzten 2 Jahren der Hauptschule jeweils an einem Tag pro Woche in Betrieben gearbeitet haben schaffen (siehe auch die Hamburger Projekt Schulen, z. B. Lernwerk).

Sprachförderung

Nicht nur Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft müssen gefördert werden; insgesamt befinden sich immer mehr Kinder und Jugendliche in einer Situation der Sprachlosigkeit.

Fortsetzung: Die wichtigsten Aussagen der Senatorin in der EKH-Sitzung vom 20.04.2004

Berufliche Bildung

Der Grund für den Entwurf, die Beruflichen Schulen in ein Stiftungssystem umzuwandeln, wird nochmals geprüft. Das jetzige System wird einer Schwachstellenanalyse unterzogen. Ziele: mehr Anerkennung für Vollzeitschulformen, um Warteschleifen zu verhindern, und eine Verquickung zwischen Beruflichen und Allgemeinbildenden Schulen, z. B. mit Ausbildungsmodulen. Vereinbarungen mit der Wirtschaft sind notwendig, um besonders für schwache Schüler Perspektiven zu erhalten. Es werden alle Partner gebraucht: Wirtschaft, Behörde, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Kenntnisse über Berufs- und Arbeitswelt gehören zur Allgemeinbildung, damit auch in den Unterricht an Gymnasien, doch keine weitere Unterstützung für den Übergang vom Abitur in das duale System. Bereits jetzt blockieren zu viele Abiturienten Ausbildungsplätze, für die geringere Qualifikationen ausreichen. Besser: Suche nach weiteren dualen Studiengängen.

Sonderpädagogische Förderung

Keine Frage, ob Sonderschule oder Integration; beide Möglichkeiten sollen mit Blick auf das Kind erhalten bleiben. Es muss herausgefunden werden, wo die SchülerInnen am besten gefördert werden.

8-stufiges Gymnasium

Die Einführung des 8-stufigen Gymnasiums muss nicht bedeuten, dass die Gymnasien unbedingt in GTS umgewandelt werden müssen. Die Bedarfe der Eltern sind unterschiedlich; nicht alle wollen die gebundene GTS. Die Stundentafel steht fest. Die Senatorin wird prüfen, ob es Erkenntnisse über eine vertretbare Anzahl der Wochenstunden in den jeweiligen Klassenstufen gibt (*ab 8/2004 erhalten die SchülerInnen der 7. Klassen der Gymnasien 34 Wochenstunden Unterricht, die Redaktion*).

Sport

Nicht nur der Schulsport steht im Blickpunkt, sondern auch der Breiten- und Leistungssport. Es soll mehr Veranstaltungen für alle geben und der Leistungssport muss gefördert werden, um durch Vorbilder mehr Kinder und Jugendliche zum Sport zu motivieren. Leistung im Sport überträgt sich auch auf die allgemeine Leistungs- und Begeisterungsfähigkeit.

Herr **Rosenboom** (Leiter der Schulaufsicht und -beratung / komm. Leiter des Amtes für Bildung) in der EKH am 20.04.2004: Informationen über

Schulorganisatorische und strukturelle Maßnahmen

Tatsachen, die die BBS bei ihren Überlegungen berücksichtigen muss:

• ab 2012 werden die Schülerzahlen sinken • in HH gibt es zu viele Schulen • Neubaubedarf in der Hafencity • Die Schulstandorte müssen überprüft und eine Schulentwicklungsplanung durchgeführt werden. Die Umsetzung der Maßnahmen kann u. a. zu Schulschließungen führen. Eine fragliche Änderung der Bezirksgrenzen muss geklärt werden.

Kriterien für die Vorschläge der BBS (die Politik entscheidet!):

- Vermeidung 1-zügiger Grund- und Hauptschulen •
- Überschaubarkeit der Wegstrecke + kurze Wege, vor allem für Grundschüler •

U. a. sollen langfristig folgende Ziele erreicht werden:

- Mind. 3-zügige Grund- und Gesamtschulen sowie Gymnasien • Vermeidung unterfrequentierter Klassen •
- möglichst langer Verbleib der SchülerInnen nach der Beobachtungsstufe an ihrer Schule •

7 Schulen sind durch organisatorische (zeitlich begrenzte) und **25 Schulen** durch strukturelle (dauerhafte, die Schulstruktur verändernde) Maßnahmen betroffen.

Beschlüsse der EKH am 20.04.2004:

- Stellungnahme zu den Außerunterrichtlichen Lernhilfen
- Stellungnahme zu den Bildungsplänen des 8-stufigen Gymnasiums
- partielle Änderung der Geschäftsordnung der EKH

07.05.- 09.05.2004 Frühjahrsplenartagung BER (Bundeselternrat) in Bad Honnef

Thema: **Lese- und Schreiberziehung in Elternhaus und Schule unter Berücksichtigung der Jungen- und Mädchenproblematik**

Das EK-Plenum bestätigte die Entsendung von 6 Vertretern aus den verschiedenen Ausschüssen.

Impressum

Herausgeber: Elternkammer Hamburg
Geschäftsstelle p. A. BBS, Hamburger Straße 31,
22083 Hamburg
Tel.: (040) 428 63-35 27 FAX: (040) 428 63-47 06
e-mail: info@elternkammer-hamburg.de
<http://www.elternkammer-hamburg.de>

Druck: Behördendruckerei der BSF

Verantwortlich i. S. d. P.:
Birgit Dähn/ Anne Pinkepank, Redaktionsbeauftragte
Geschäftsstelle Elternkammer p. A. BBS
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Die EKH-Kurzinformatik wird von der Poststelle der BBS mit jeweils 5 Exemplaren an alle Hamburger Schulen verteilt und ist bestimmt für

- 1 x Schulleitung
- 3 x Vorstand des Elternrats
- 1 x Kreiselternratvertretung

Die EKH-Kurzinformatik finden Sie auch in unserer Homepage.

Sprechzeiten der EKH:

Die Geschäftsstelle ist nicht zu festen Zeiten besetzt. Hinterlassen Sie im Bedarfsfall eine Nachricht; Sie werden so bald wie möglich zurück gerufen.